

Krieg in der Ukraine: Trotz menschlicher Tragödien ist eine differenzierte Sicht wichtig

Der Konflikt in der Ukraine ist vor allem eines: eine Tragödie für die zahlreichen unschuldigen Menschen. Mütter und Kinder, deren Ehemänner und Väter in einen, von ihnen ungewollten, Krieg ziehen. Familien, die aus ihren Wohnungen und Häusern fliehen müssen, nicht selten nur mit dem, was sie am Leib tragen. Niemand stellt in Frage, dass diesen Menschen Hilfe geleistet werden muss. Auch Österreich ist hier in der Ziehung. Allen voran müssen die ukrainischen Nachbarstaaten unterstützt werden, die die größte Last zu tragen haben. Zielgerichtete finanzielle Unterstützung ist das Gebot der Stunde. Ebenfalls spricht nichts dagegen, dass auch Österreich Frauen und Kinder aufnimmt – allerdings muss hier genau hingeschaut und durchaus auch differenziert werden. Ukrainische Oligarchen, die es sich leisten können, das Land zu verlassen, sind nicht auf unsere Hilfe angewiesen – das muss deutlich gesagt werden. Bestes Beispiel ist der vom „Standard“ aufgedeckte Fall des ukrainischen Verfassungsrichters, dem in seiner Heimat ein Prozess wegen Korruptionsverdachts gedroht hätte und der nach aktuell gültigem, ukrainischen Recht gar nicht hätte ausreisen dürfen. Er wurde allerdings vor wenigen Tagen in Wien gesehen.

So grausam der Krieg vor den Toren Europas ist, müssen wir eine differenzierte Sicht auf die Dinge wahren – auch auf die Protagonisten Selenskij und Putin. Während der eine landauf landab glorifiziert wird, wird der andere verteufelt. Sehr geehrte Damen und Herren, ganz so schwarz-weiß darf man die Dinge jedoch nicht sehen. Selenskij hat es in seinen knapp drei Jahren Amtszeit nicht geschafft, die Ukraine auf gesunde Beine zu stellen, die Korruption zu minimieren und die Oligarchie, die de facto herrscht, zu brechen. Er wurde, so sagt der Kiewer Politologe Vasil Filiptschuk, Teil des Systems: „Selenskij wurde gewählt als Mann gegen das System. Er hatte zu Beginn zwei, drei Monate, um das System zu brechen; doch wie sagt die Regel: Wenn Du das System nicht brichst, wirst Du Teil des Systems, und das geschah. Das eherner Gesetz der Oligarchie siegte wieder. Er und das System, beide haben sich miteinander arrangiert.“ Auch andere Analysten und Ukraine-Kenner halten fest, dass er im ersten Jahr seiner Präsidentschaft viel von dem Nimbus des Volkspräsidenten verloren hat. So hätte er weder in der Innenpolitik, insbesondere bei der Frage nach Friedensinitiativen zum Krieg im Osten des Landes, noch außenpolitisch durch eine erkennbare Verbesserung der Beziehungen zu europäischen und transatlantischen Partnern, wirkliche Erfolge aufweisen können.

Unter der momentan schillernden Oberfläche verbirgt sich Einiges, das wir in Westeuropa nicht gutheißen können. Selenskij hat die Ukraine nicht zu der Vorzeige-Demokratie gemacht, zu der sie gerade hochstilisiert wird. Er ist nicht der Allheilsbringer im Osten!

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... die Wiener SPÖ die Mietpreise im Gemeindebau nicht hätte erhöhen müssen? Als Wohnbauträger hätte sie diese Erhöhung noch einmal aussetzen können.

Bleib´ auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Wiener müssen **JETZT** entlastet werden

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Wir befinden uns auch in Wien in einer sehr bewegten Zeit, einerseits in Bezug auf den Ukraine Krieg und die damit verbundenen enormen Teuerungen, die auch vor unserer Stadt nicht halt machen, andererseits aufgrund der Probleme im Wiener Gesundheitssystem, die unabhängig von der Corona-Krise auf das Versagen der SPÖ-Gesundheitsstadträte zurückzuführen sind. Die aktuell größten Herausforderungen beschäftigt die Stadt Wien augenblicklich im Bereich der Preissteigerungen. Wir haben schon jetzt in Wien 20.000 Haushalte, die sich das Heizen nicht mehr leisten können und im kommenden Winter werden es noch viele mehr werden. Dringend notwendig wären daher deutliche Entlastungsschritte.

Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig macht jedoch das Gegenteil und verteuert das Leben in der Stadt. Die Erhöhung der städtischen Gebühren (Müll, Kanal, Abwasser) wurde von der rot-pinken Stadtregierung bereits im November beschlossen, jetzt steht auch noch eine Erhöhung der Preise der Fernwärme vor der Tür. Der vom Bürgermeister angekündigte „Energiekostenzuschuss“ wird vorwiegend an Sozialzuwanderer ausbezahlt, die echten Wiener schauen durch die Finger. Weiters werden durch die Ausweitung des Parkpickerls die Autofahrer in Wien belastet. Die FPÖ-Wien hat daher ein Entlastungspaket präsentiert und drängt Bürgermeister Ludwig auf rasche Umsetzung.

1. Die Erhöhungen der städtischen Gebühren müssen sofort zurückgenommen werden.
2. Der Bürgermeister muss eine Garantieerklärung abgeben, dass es zu keiner Erhöhung der Preise der Fernwärme kommen wird. Außerdem braucht es eine Wiedereingliederung der Wiener Stadtwerke GmbH als Unternehmung der Stadt Wien um mehr Einsicht und Kontrolle zu erlangen.
3. Die rot-pinke Stadtregierung muss umgehend das bundesweite Sozialhilfegrundgesetz umsetzen. Wien befindet sich mit seinem Mindestsicherungsmodell seit Jahren außerhalb des Verfassungsbogens. Die Mindestsicherung muss eine Sozialleistung für notleidende Österreicher sein und kein Geldgeschenk für Sozialmigranten.
4. Der Bürgermeister muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die CO2 Steuer ausgesetzt, der Klimabonus neu verhandelt und die Mineralölsteuer halbiert wird. Mein dringender Appell an Bürgermeister Ludwig lautet: Setzen Sie diese Maßnahmen um und helfen sie endlich der Wiener Bevölkerung, die sich das tägliche Leben nicht mehr leisten kann!



Pleiten, Pech und versenkte Millionen – der Skandal um das KH Nord geht weiter

In der vergangenen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde einmal mehr das Krankenhaus Nord – jetzt Klinik Floridsdorf – debattiert. Der Kostenabschluss, der nach Jahren endlich vorgelegt wurde, ist vor allem Beleg für das veritable Versagen der Stadt Wien als Bauherr für das – nach Eigenangaben – modernste Krankenhaus Europas. Seit Jahren sind Versagen im Management des damaligen KAV und jetzigen Gesundheitsverbands sowie der Pfusch beim Bau Thema in

den Medien und Gegenstand von Untersuchungskommissionen, Rechnungshof- und Stadtrechnungshofüberprüfungen. Mit Kritik wurde nirgends gespärt, aber die Wiener SPÖ stellt sich jetzt allen Ernstes hin und verkauft dies immer noch als Erfolgsstory! Bei der ersten Verkündung, man würde in Wien ein neues Spital bauen, hat die Stadt davon geträumt, 300 Millionen Euro aufwenden zu müssen – das war im Jahr 2005. Noch 2015 hat die damals zuständige Stadträtin Wehsely davon geträumt, dass der Bau maximal 900 Millionen Euro kosten werde. Rund 800 Betten, 250.000 Ambulanzbesuche und 17.000 Operationen jährlich – so lautete der Plan. 2016 hat man im Gesundheitsressort die veranschlagten 900 Millionen bereits deutlich nach oben korrigiert und von 1,2

Milliarden Euro gesprochen. Pleiten Pech und Pannen – ausgelöst durch ein komplettes Missmanagement auf der Baustelle – sind an der Tagesordnung gestanden. Finanzieren musste diese Selbstüberschätzung der SPÖ wiederum der Steuerzahler. Denn anstatt einen Generalunternehmer zu beauftragen, wie es jeder Private bei einem größeren Bauprojekt tun würde, glaubten Sie wieder einmal schlauer als die Experten zu sein und haben den Bau selber versucht zu koordinieren. Mit verheerenden Folgen, wie regelmäßig durchsickerte. Letztendlich ist die Klinik Floridsdorf nun also endlich im Regelbetrieb. Über Probleme wie zu schmale Türen für die Betten, getrocknetem Blut, welches

von Instrumenten aus der Zentralsterilisation abbröckelt, von defekten Monitoren und defekten automatischen Türen, die nicht schließen wird weiterhin der Mantel des Schweigens gebreitet. Stattdessen wartet man mit Mitarbeiterumfragen auf, die dem Gesundheitsverband nur das beste Zeugnis ausstellen. Für die Wienerinnen und Wiener, die nun eigentlich die beste medizinische Betreuung zu erwarten hätten, bleibt nicht viel Grund zur Freude, da nach wie vor zahlreiche medizinische Planstellen nicht besetzt werden können.



(Credit: Wr. Gesundheitsverbund / Health Team KFL, Wr. Gesundheitsverbund / Health Team KFL - Hubert Dimko, Wr. Gesundheitsverbund / Health Team KFL - Rupert Steiner)

von Instrumenten aus der Zentralsterilisation abbröckelt, von defekten Monitoren und defekten automatischen Türen, die nicht schließen wird weiterhin der Mantel des Schweigens gebreitet. Stattdessen wartet man mit Mitarbeiterumfragen auf, die dem Gesundheitsverband nur das beste Zeugnis ausstellen. Für die Wienerinnen und Wiener, die nun eigentlich die beste medizinische Betreuung zu erwarten hätten, bleibt nicht viel Grund zur Freude, da nach wie vor zahlreiche medizinische Planstellen nicht besetzt werden können.



Quo vadis Europa?

Migration, Sicherheitspolitik, Ukraine

Einladung zur Podiumsdiskussion (in Deutsch)
im Rahmen der Stiftung "Identität und Demokratie"

28. April 2022

Einlass: 18.30 Uhr, Beginn: 19 Uhr

Parkhotel Schönbrunn

Hietzinger Hauptstraße 10-14, 1130 Wien

Begrüßung:
Maximilian Krauss

Impulsreferat:
Dominik Nepp

Schlussworte:
Johannes Hübner

Es diskutieren die EU-Abgeordneten:



**Marco
Campomenosi**
(Lega/ID - Italien)



**Ernö
Schaller-Baross**
(Fidesz/NI - Ungarn)



**Hermann
Tertsch**
(Vox/ECR - Spanien)



**Harald
Vilimsky**
(FPÖ/ID - Österreich)

- **Anmeldung:** Es ist erforderlich die verbindliche Teilnahme an der Veranstaltung unter anmeldung.eu@fpoe.at bis 25.04.2022 bekannt zu geben.
- Nach der Veranstaltung laden wir zu einem kleinen **Buffet** ein.
- Beachten Sie bitte die aktuellen **Corona-Vorgaben**.

Mit der Anmeldung zur Veranstaltung erkläre ich meine ausdrückliche Zustimmung, dass Foto- und Videomaterial, auf dem ich abgebildet bin, zur Presseberichterstattung verwendet und in verschiedenen (Sozialen) Medien, Publikationen und auf Webseiten veröffentlicht werden kann.

Weiter Informationen finden Sie unter: <https://id-foundation.eu/terms-and-conditions/>
Die ID-Stiftung wird teilweise vom Europäischen Parlament finanziert und ist in vollem Ausmaß verantwortlich für diese Veranstaltung.